

LÖRAN

Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Gewerkschaften



Enteignet die Stahlbosse! Für gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter

Appelle an Politiker, Hoffen auf Bonn oder Brüssel, "soziale Abfederung" von Massenentlassungen, nationaler Stahlverbund nach dem Vorbild der Ruhrkohle AG - solche Lösungen versucht man zur Zeit den aufgebrachten Stahlarbeitern in Reinhausen anzubieten. Aber damit ist den Arbeitern und Jugendlichen im Ruhrpott nicht gedient. Sie wollen eine Zukunftsperspektive für ihren Lebensraum - keine Verwaltung einer Dauerkrise.

Der Kampf um die Arbeitsplätze in Hattinden hat zweierlei gezeigt: es ist möglich, eine ganze Stadt für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu mobilisieren; die angewandten Kampfmittel reichten offensichtlich noch nicht aus.

Daraus müssen Schlußfolgerungen gezogen werden:

- die Kampfmittel sollten um Streik und Betriebsbesetzung erweitert werden, denn die Bosse verstehen nur eine einzige Sprache: Einschnitte in ihren Profit;
- selbst die umfassendsten Kampfmethoden reichen nicht aus, wenn sie nur auf eine Stadt begrenzt bleiben.

Um zu verhindern, daß Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden, muß eine Kampfstrategie für den gesamten Stahlbereich her. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit der IG Bergbau entwickelt werden, da auch hier Massenentlassungen anstehen.

Teile einer solchen Kampfstrategie für den Montan-

bereich könnten sein:
unbegrenzter Streik in allen Stahlunternehmen/ Einbeziehung der DGB-Gewerkschaften (z.B. Verbindung mit der ötv-Tarifrunde oder dem Kampf der HBV gegen Ladenschluß-Verlängerung)/ Generalstreiks in den Stahlstädten, als Steigerung u.U. im ganzen Ruhrgebiet/ europaweite gewerkschaftliche Kampffaktionen im Montanbereich

Dazu müßte die IGM allerdings ohne Wenn und Aber in der gesamten Stahlindustrie mobilisieren und ihren ganzen Apparat in den Kampf werfen. Auch die SPD in Land und Bund muß sich mit an die Spitze stellen und nicht nur in Worten, sondern in Taten helfen: bei der Mobilisierung, der Öffentlichkeitsarbeit, beim Spendensammeln, usw.

Ein erfolgreicher Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze in Reinhausen kann ein bundesweites Signal werden!

Für gemeinsamen Kampf der Stahl- und Bergarbeiter

Enteignet die Stahlbosse!

3500 Arbeitsplätze des in Konkurs gegangenen Oberpfälzer Stahlwerkes Maxhütte sind in Gefahr. Durch die geplante Schließung des Stahlstandorts Hattingen (Heinrichshütte) stehen 3000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Tausende Entlassungen stehen im Kohlebergbau an. Wohin man hört – nur Hiobsbotschaften aus dem Bereich der Montanindustrie (Kohle und Stahl).

Kohle und Stahl sind Grundlagen der Schwerindustrie; die Schwerindustrie ist wiederum tragender Pfeiler der gesamten Industrieproduktion. In bis zu 50% aller Produkte ist weiterverarbeiteter Stahl enthalten. Besonders die Krise in der Stahlindustrie widerspiegelt daher nur die krisenhaften Widersprüche des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems: Überproduktion einerseits – nicht befriedigte gesellschaftliche Bedürfnisse andererseits. Ungeheure Produktionsmöglichkeiten bei kürzerem Arbeitsaufwand durch Entwicklung der Produktionsanlagen einerseits – steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, neue Armut andererseits.

Am Beispiel der Stahlindustrie: 1985 produzierte ein Stahlarbeiter 30% mehr Stahl als 1975. Folge: Nicht etwa Arbeitszeitverkürzung, sondern Arbeitsplatzabbau. Bis 1990 wird ein Stahlarbeiter die gleiche Menge Stahl produzieren wie 1980 drei Kollegen. Von den bundesweit jetzt noch 170.000 Stahlarbeitsplätzen sind etwa 25.000 bedroht. Im Steinkohlebergbau sieht es nicht besser aus. Von 164.000 Arbeitsplätzen sind nach Angaben der IG Bergbau und Energie in den nächsten 3 Jahren 30.000–60.000 gefährdet.

Ruhrgebiet

Besonders verheerend wirkt sich die Krise im Ruhrgebiet aus. Das, was mit den ersten Feierschichten der Bergbau-Zechen im Februar '57 in Gang kam, war die erste Phase des Strukturwandels im Ruhrgebiet: Zwischen '57 und '69 wurden über 350.000 Arbeitsplätze vernichtet. In den Ruhrkohleverträgen von 1968 und den, wie auch sonst, gekoppelten KRAFTWERKS- und HÜTTENVERTRÄGEN wird durch den Einsatz von Steuergeldern die Demontage zeitlich gestreckt und sozial „abgefedert“.

Nach 1966 bestand die Politik der SPD in Düsseldorf in politischer Entschärfung des Krisenherdes Ruhrgebiet. Das Kapital bekam einige Milliarden, behielt seinen Grundbesitz und konnte somit die Entwicklung weiter bestimmen. Es folgten Notstandsgesetze, mehr Gewalt gegen Arbeiter; durch steigende Exporte wurde die Wirtschaft wieder angekurbelt.

Arbeiter wurden in die noch wachsende Metall- und Automobilindu-

strie übernommen, so daß bis 1970 die Arbeitslosigkeit bundesweit wie auch im Ruhrgebiet auf durchschnittlich 0,7% gedrückt werden konnte.

Heute, nach 30 Jahren, sind im Ruhrgebiet die letzten 50.000 Kohle-arbeitsplätze angesagt. Für die Stahlerzeugung wird nicht mehr soviel Kohle verbraucht. Ein Teil wird zwar noch verstromt, aber das meiste wird zur nationalen Kohlereserve, sprich auf Lager gelegt. Ca. 5000 Arbeiter werden dem Kapital reichen, um sich den Zugriff auf die Kohle zu erhalten. Nach seinen Vorstellungen hat die Kohle es bald hinter sich.

Die gleichen Mechanismen kapitalistischen Krisenmanagements, wie für den Kohlesektor angewandt wurden, finden sich auch im Stahlbereich wieder: das, was 1975 erst einmal wie ein kurzfristiger Konjunkturreinbruch und nicht mehr ausgesehen hatte, der Produktionsrückgang um ein Viertel (74: 53,2 Mio t; 75: 40,4 Mio t) entpuppte sich bald als Dauerkrise, da trotz des Konjunkturanstieges ab 1976 die Stahlindustrie nicht mehr an die Produktionsergebnisse vor der Krise herankam. Die Modernisierung, der weitergehende Kapazitätsausbau bei gleichzeitigem Absatzrückgang führte zu einer steigenden Unterauslastung, der gleichzeitig verschärfte internationale Konkurrenzkampf zu einem scharfen Preisverfall (Jahresdurchschnitt von 1974–81: -2,2%).

Gewinne

Es läuft die dritte „Zentralisierungswelle“ des Stahlkapitals. Obwohl das Gewicht der Montanindustrie innerhalb der Gesamtwirtschaft sinkt, sind, durch die extreme Verflochtenheit der unterschiedlichsten Industriezweige, von jedem Stahlarbeitsplatz 1,8 Arbeitsplätze in anderen Bereichen abhängig (Saarland: 1,25). Das bedeutet für das Ruhrgebiet: Über 50.000 Menschen werden auf die Straße gesetzt! Die NRW-Landesregierung befürchtet sogar insgesamt einen Arbeitsplatzverlust von 100.000 im Gefolge der Krise im gesamten Montanbereich. Die Arbeitslosigkeit wird auf neue Rekordhöhen steigen, die Verschuldung der Kommunen, der Sozialabbau wird noch schärfer werden. Die Einwohnerzahlen sinken und die Umwelt wird weiter zerstört. Doch „die Ruhr hat angefangen zu brennen“.

Wo wie in Hattingen ganze Standorte plattgemacht werden, gehen so gut wie alle Einwohner auf die Straße. Wenn, wie in der Funktionärszeitung der IG Metall („Gewerkschafter“, 5/87) für die Thyssen AG ein Bruttogewinn von 760 Millionen DM neben 7100 geplanten Entlassungen steht, dann darf unter dem Foto mit der Aufschrift „Randale gegen Arbeitslosig-

keit“ die These „Wenn die privaten Stahlkonzerne nicht über die Lebensfähigkeit ganzer Regionen entscheiden dürfen sollen, kommt man an ihrer Vergesellschaftung nicht vorbei“ keine These bleiben. Wenn Thyssen, Krupp, Hoesch, Mannesmann etc. Arbeitsplätze vernichten und Wohlstand privatisieren, dann müssen SPD und Gewerkschaften endlich ihre Kirchturnsperspektive ablegen und unter einer zentralen Führung die Kämpfe zusammenfassen!

Kampfmittel

Statt sich mit an die Spitze eines solchen Kampfes zu stellen, scheint die SPD-Landesregierung jedoch auf Kooperation zu setzen. In seinem Papier zu den „Aufgaben der Landespolitik“ beschwört Rau's Kanzlei-Chef Leister die Solidarität des Bundes. Erwartet Herr Leister ernsthaft etwas Positives vom Kapital und seiner Wenderegierung? Auch die gewerkschaftlichen Aktivitäten sind noch nicht über Verhandlungen und Proteste (durch Mahnwachen, Demos usw.) hinausgegangen. Der bundesweite zweistündige Streik in der gesamten Stahlbranche im Juli ist ein erster weitergehender Schritt, doch auch er reichte offensichtlich nicht aus. Gemeinsamer, konzentrierter Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel von IG Metall und IG Bergbau ist nötig, um die Vernichtungspläne abzuwehren.

Nicht nur in Hattingen sieht man, daß mit konkreten Forderungen die Mobilisierung der Arbeiter möglich ist. Die Enteignung des Grund- und Bodenbesitzes des Montankapitals zur Durchführung von Umwelt- und Infrastrukturprogrammen; den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs durch eine Kernzone mit Nulltarif, Arbeit für alle ohne Lohnverlust, ein garantiertes Mindesteinkommen, das einen anständigen Lebensstandard ermöglicht, Kontrolle und Planung der industriellen Produktion durch Vertreter von Staat, Gewerkschaften und Belegschaften. Solche Forderungen entsprechen den Bedürfnissen der Arbeiter und würden der SPD eine absolute Mehrheit und damit die Möglichkeit geben, die Kämpfe eines der größten Zentren der Arbeiterklasse mit in die internationale Auseinandersetzung zu bringen, denn – die Krise des Kapitalismus ist nicht nur die Krise des Ruhrgebiets, aber wie schon der damalige Chef der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Barzel, im Frühsommer 1966 sagte: „Wenn es an der Ruhr brennt, gibt es im Rhein bei Bonn nicht genug Wasser, das Feuer zu löschen.“

Harald Müller, Essen
Mitglied der SJD – die Falken

Wir haben keine Reichtümer -
wir brauchen Arbeitsplätze zum Leben!



Rettet den Kohlebergbau!

Ein brutaler Kahlschlag wird von den Bergbauunternehmen und der Kohleregierung in den Kohlerevieren geplant. 30-35.000 Kumpels sollen in den nächsten 2 bis 3 Jahren an die Luft gesetzt werden. Diese anstehenden Massenentlassungen und Zechenstillegungen stehen in engem Zusammenhang mit den EG-Kohleplänen: Sie sehen Streichung von Subventionen und Produktionsabbau von insgesamt 40 Mio. Tonnen in der EG vor.

Nicht, daß weniger Energie verbraucht werden soll. Billigere Importkohle aus Südafrika (wegen der Hungerlöhne für schwarze Bergarbeiter) und Kernenergie (zum größten Teil aus Steuergeldern finanziert) sollen verstärkt zum Einsatz kommen. Sichere Energiequellen und unsere Arbeitsplätze interessieren weder die EG-Behörden noch die Kohl-Regierung. Ihre oberste Aufgabe ist die Sicherung der Profite der Unternehmer.

Doch die Kohle ist und bleibt die heimische Energiequelle Nr. 1; die Reserven reichen für mehrere hundert Jahre. Es gab bereits massiven Arbeitsplatzabbau im Steinkohlebereich: von über 600.000 Anfang der 60er auf jetzt knapp 160.000. Doch die Kumpels konnten in Aufschwungzeiten in anderen Branchen unterkommen. Heute bei 2,2 Mio. Arbeitslosen (inoffiziell über 3,5 Mio.) und kommender Rezession werden die Kollegen kaum noch Ersatzarbeitsplätze finden.

Explosive Stimmung in den Revieren

Die Bergarbeiter wollen um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Warum sollten sie sich auch auf Absprachen mit den Bergbau-Bossen oder der Kohl-Regierung verlassen? Der 1980 geschlossene „Jahrhundertvertrag“, der der Kohle eine Abnahme durch die Kraftwerke bis 1995 garantierte, soll aufgekündigt werden.

Besonders im Ruhrgebiet wollen die Kumpels alles hinschmeißen und „auf Bonn marschieren“. Der Betriebsrats-

vorsitzende auf der Zeche „General Blumental“ meinte im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung: „Wir wollen und können nicht mehr warten. Die Kollegen, die jetzt mahnen, mahnen zur Friedhofsruhe. Verdammte noch mal, wir kriegen die Prügel, weil unser Hauptvorstand schweigt.“ Sein Betriebsratskollege ergänzte: „Jetzt brennt die Ruhr, wir können unsere Leute nicht mehr halten. Wird keine härtere Gangart gefahren, fliegen uns die Gewerkschaftsbücher vor die Füße.“

In verschiedenen Aktionen haben die Bergarbeiter ihre Kampfbereitschaft signalisiert. Anfang September gingen in Herten mehr als 15.000 Menschen (1/4 der 68.000 Einwohner) auf die Straße, um gegen die drohenden Massenentlassungen zu protestieren. Schulen und Geschäfte blieben geschlossen in einer Art „lokalem“ Generalstreik, wie in der Stahlstadt Hattingen Anfang des Jahres. Herten lebt von der Kohle: Von den 23.000 Arbeitsplätzen sind 11.500 oder 50% im Bergbau und 40% der Schulabgänger kamen bis heute dort unter. In Lünen demonstrierten 25.000 junge Bergarbeiter. In Recklinghausen ließen 400 Lehrlinge alles liegen und marschierten zum Rathaus im Kampf gegen den ange kündigten Ausbildungsstopp. Die IGBE-Spitze muß diese Signale der Kampfbereitschaft verstehen und ihre Zustimmung zu den Abbaukonzepten zurückziehen.

Auch im Aachener Revier demonstrierten 8000 gegen den Verlust von

8000 Arbeitsplätzen bei der Stilllegung der Zeche Emil Mayrisch und der Kokerei Anna. Hierzu käme ein Verlust von weiteren 8800 Arbeitsplätzen, die direkt oder indirekt von den Zechen abhängen. Für Aachen würde dies einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von zur Zeit 13,4% auf 22% bedeuten!

Demokratische Arbeiterkontrolle

Die Zukunft der Kohle ist mit der Stahlproduktion eng verbunden. Die Stahlindustrie ist neben Kraftwerken der größte Abnehmer der Kohle. Deshalb ist ein gemeinsamer Kampf von IGBE und IG Metall für den Erhalt der Stahl- und Kohleproduktion nötig. Es hat doch keinen Sinn, auf Subventionen unter Arbeitgeberkontrolle zu setzen. In diesem Jahren werden die Bergbau-Bosse 10,7 Milliarden DM an Subventionen kassieren. Trotzdem wird die Produktion eingeschränkt und es werden Massenentlassungen eingeleitet. Deshalb müssen sich IGBE und IG Metall für die Verstaatlichung der Stahl- und Bergbauindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle einsetzen. Für die Sicherung der Kohle wären folgende weitere Schritte notwendig:

- sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie: Die Kohle ist die sicherere Energie und mit Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerken auch umweltfreundlich;
- Drastische Arbeitszeitverkürzung durch 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Das ist mehr als berechtigt, schließlich hat sich in den letzten Jahren die Schichtleistung von 1,6t auf 4,5t fast verdreifacht

Für die Durchsetzung dieser Forderungen müssen DGB und SPD volle Unterstützung leisten.

Gaétan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Gewerkschaften

VORAN setzt sich für ein sozialistisches Programm und den Aufbau einer kämpferischen, nach außen gerichteten Jugendorganisation der SPD ein.

Wir treten ein für ein

Das sind nur einige Kernpunkte unseres Programms. Wir sind der Meinung, daß sich die Jungsozialisten als Jugendorganisation der SPD mit einem kämpferischen Programm an die Arbeiterjugend wenden muß, um sie dafür zu gewinnen und zu mobilisieren. Wir treten ein für eine Umwandlung der Jusos zu einem marxistischen Kampfverband von jungen Arbeitern, Schülern und Auszubildenden. Ein solcher Verband kann dann das Rückgrat für einen marxistischen Flügel in der SPD sein und eine sozialistische Alternative zur jetzigen SPD-Politik anbieten.

Wenn Du Interesse an unserer Zeitung und unseren politischen Ideen hast, möchten wir Dich auffordern, unsere Arbeit zu unterstützen. Wir würden gerne mit Dir in Kontakt bleiben und über eine Zusammenarbeit sprechen.

Bitte laß uns wissen, ob und in welcher Form Du uns unterstützen möchtest. Du kannst dazu den untenstehenden Abschnitt an uns zurücksenden. Natürlich freuen wir uns auch über einen Brief von Dir.

Sozialistisches Programm

- Für die Überführung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum; die Mehrheit der Wirtschaft (rund 200 Konzerne) muß aus der profitorientierten Marktwirtschaft herausgenommen werden, Entschädigung wird nur gezahlt auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit.

- Zusammensetzung der gewählten Leitungsorgane in den verstaatlichten Wirtschaftsunternehmen:

1/3 Vertreter der Belegschaft

1/3 Vertreter der Gewerkschaften

1/3 Vertreter des Staates

- Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung; Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft, in deren Leitungsorganen folgende Prinzipien herrschen müssen:

— jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre

— kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Auf dieser Grundlage für ein sofortiges umfassendes Reformprogramm:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Einsatz der Technik zum ökologischen und ökonomischen Nutzen von Mensch und Umwelt

- Mindestlohn von 1500,-DM, Einführung einer angemessenen Mindestrente

- Ein massives Wohnungsbauprogramm

- Förderung des öffentlichen Verkehrssystems; Nulltarif im Nahverkehr

- Abbau der Rüstungsausgaben; Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion zusammen mit den da Beschäftigten

- Massive Erhöhung der Bildungsausgaben

- Ein umfassendes staatliches Programm zum Abbau der vorhandenen Umweltschäden und zur Erforschung neuer, umweltfreundlicher Produktionsverfahren.



Ich möchte
VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen
und bestelleExemplare in Kommission
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld
ausfüllen und einschicken.)

PschA Essen, BLZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1